

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen werden die Anzeigen und für Anzeigen die Bestimmungen entgegen. - Erhältlich werktäglich. Preis pro Ausgabe Nr. 52.

Regelungspreis für den Anzeiger im Erzgebirge für den Monat April 1924 20 Goldmarken, monatliche Ausgabe 10 Goldmarken, halbjährliche Ausgabe 50 Goldmarken, vierteljährliche Ausgabe 25 Goldmarken.

Telegraphen: Kegelsberg Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates des Stadt und des Amtsgerichts Aua. Postfach-Nr. 101

Nr. 88

Sonnabend, den 12. April 1924

19. Jahrgang

Französische und deutsche Wahlpolitik

Von Dr. Käta.

Wie in Deutschland, so hat auch in Frankreich die Wahlbewegung für die noch im Mai zu erneuernde Volksvertretung eingesetzt. Hier wie dort greifen neben den Parteien und der Presse auch die Regierungen aktiv mit in den Wahlkampf ein, und es ist von hohem Interesse, die Blickrichtung des Kampfes in den beiden Ländern zu verfolgen.

Der französische Wahlkampf stellt sich von vornherein auf der ganzen Linie auf die bevorstehenden Reparationsauseinandersetzungen mit Deutschland ein. Der nationale Block, der Bannträger des Poincarismas hat überall die Führung übernommen. Nur höchst selten wagt sich bisher auch die Opposition hervor: in Wirklichkeit beherrscht der nationalistische Chauvinismus das Feld. Es ist selbstverständlich, daß sich die französische Regierung bemüht, durch die Mitglieder des Kabinetts, die sie zu Probacandidaten in die Wahlfreie der befreiten Minister entsendet, ihre bisherige Politik als den Gipfelpunkt aller politischen Weisheit hinzustellen und vor allem die Befestigung des Ruhrgebietes als die Krönung der zur Sicherung Frankreichs unbedingten notwendigen Maßnahmen zu bezeichnen. „Erst die Ruhrbesetzung hat Deutschlands Untertwerfung gebracht.“ Von der künftigen Kammer wird es abhängen, ob sich Deutschland endgültig fügen oder ob es in offene Auflehnung gegen den Vertrag von Versailles treten wird. Daß Deutschland mit allen Mitteln danach strebt, möglichst bald wieder aktiv gegen Frankreich vorzugehen, wird von den Rednern und der Presse des nationalen Blocks den französischen Wählern als Selbstverständlichkeit gesagt. Innerpolitische Vorgänge Deutschlands müssen zum Beweise herhalten. Die deutschseitige geschehene Erklärung, daß die Verlängerung der Mietverträge in der bisherigen Form eine Unmöglichkeit sei, das Wort Stresemanns, daß Deutschland den Vorschlägen der Sachverständigenauschüsse gegenüber freie Entschickung habe, alles wird entsprechend gedeutet und umgedeutet, um die Propaganda aus der wirtschaftlichen Atmosphäre in die politische zu bringen. Die „Sicherheitsfrage“ wird dabei in den Vordergrund gehoben. Der Prozeß in München, der Ausfall der Wahlen in Bayern, die Tiraden der deutschösterreichischen Radaunationalisten, die angeblich stillen Reserven der Reichswehr geben eine reiche Fundgrube für die Argumentation: nicht wirtschaftliche Verständigung, sondern politische Sicherung ist nach wie vor das Hauptverlangen. Deutschland noch vor den Reichstagswahlen die denkbar größten Schwierigkeiten zu bereiten.

Der Zweck ist offensichtlich, vermehrter Druck soll in Deutschland einen starken Rechtsradikalismus als Wahlfaktor für den nationalen Block auslösen. Neue Sanktionsdrohungen bei Ablehnung der Fortsetzung der Mietverträge erscheinen am Horizont. Auch auf die Stimmung jenseits des Kanals stellt sich der französische Wahlkampf ein. Von dort kommen nicht missauersehende Warnungen. Nach dem „Manchester Guardian“ muß die Regelung der Reparationsfrage mit ausdrücklicher Zustimmung Deutschlands erfolgen. Die wirtschaftliche Einheit Deutschlands muß wieder hergestellt werden, das aber ist nicht möglich, ohne daß es die Kontrolle über seine Verkehrsmittel und seine wirtschaftlichen Unternehmungen wieder erhält und ohne daß die Zollstrahlen zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet fallen. Wenig angenehm für den französischen Chauvinismus ist es auch, daß der „Observer“ die britische Regierung nachdrücklich warnt, in der Frage der Ruhrbesetzung Frankreich irgendwelche Zugeständnisse zu machen da sie von den englischen Kronjuristen als gegen den Vertrag von Versailles verstößend festgestellt worden sei, eine Feststellung, die von allen britischen Staatsmännern geteilt werde. Solche fatale Neuerungen der britischen öffentlichen Meinung sucht man mit politischer Diskreditierung Deutschlands zu paralisieren, und das englische Sensationsblatt „Daily Mail“ berichtet frohlockend, daß ein umfangreicher Stoß von Dokumenten aus Frankreich an MacDonald abgegangen sei, aus dem hervorgehe, daß Deutschland eine ungeheure Zahl von Freiwilligen ausgebildet und damit großartig gegen den Frieden von Versailles verstoßen habe. Hat man vielleicht die serigraphischen Berichte des Sächsischen Landtages abgemittelt mit den diesbezüglichen Reden des Ministerpräsidenten Selgner unstillen Angelebens? Was dem sein, wie es will, es kann kaum daran gezweifelt werden, daß die Quellen für die französische Propaganda auch dem deutschen Boden herfließen. Der ganze Wahlkampf ist von vornherein außenpolitisch eingestellt.

In Deutschland greift die am Ruher befindliche Reichsregierung ebenfalls aktiv in den Wahlkampf ein.

Mit Recht berücksichtigt auch sie die außenpolitische Bedingtheit unserer ganzen Lage in erster Linie, aber ebenso richtig ist es, daß sie die großen wirtschaftlichen Probleme aufweist, die es zu meistern gilt. Außenpolitische Spannungen und Loslösung von dem unerträglichen Druck unserer Feinde, Festigung von Staat und Wirtschaft — das sind die großen Aufgaben eines jeden kommenden Parlaments und jeder künftigen Regierung. Der Wahlkampf der Parteien beruht bei uns noch häufig auf diese Ziele, und anstelle eines geschlossenen Selbsthaltungswillens und des Drangs zur Zusammenfassung der uns noch gebliebenen politischen und wirtschaftlichen Energien machen sich Radikalismus und Republikanismus breit. Ein Bild der Zustände im Kleinen gibt der Wahlausfall in Bayern. Im Reich droht man dem gleichen Ergebnis entgegenzusehen. Radaunationalismus und Sowjetgebrei stehen im eifrigen Wettstreit um die Herrschaft der unzufriedenen Volksmassen. Mit phantastischen Utopien ohne Rücksicht auf die realen Möglichkeiten und Notwendigkeiten werden die Wähler gefügert. Auch auf Parteitagen und in Wählerberatungen wird unter rücksichtsloser Ausnutzung der unzufriedenen Stimmung oft in unverantwortlicher Weise gehandelt. Die ältesten Radikalführer, mangelhaft überläßt und mit durchsichtigen Hinterswert versehen, werden in die Schaufenster gelegt, um aber die praktische Unbrauchbarkeit der Ware im Laden hintezuschieben.

Eine Dase in dieser politisch-geistigen Wüste war der demokratische Parteitag in Weimar. Hier sah man eine Partei an der Arbeit, die 6 Jahre lang nicht nur den Mut zur aktiven Staatsverantwortung, sondern auch den Mut zur Unpopulartät gehabt hat, wenn sie glaubte daß die von ihr für richtig gehaltenen Maßnahmen für das Wohl des Volkes geboten seien. Hier war nichts von Phrase und Schaumbläserlei zu merken, auch nichts von den Zerkerungsverhörungen, die sonst durch die alten Parteien hindurchgehen, sondern in einem mäßigen Geschlossenheit bekannte man sich zu den politischen Staatsnotwendigkeiten. Hoffentlich wird bis zum Termin der Wahlen noch ein recht großer Teil der Wählerschaft von diesem Geist erfüllt! Auf der Seite unserer Gegner wird zweifellos über die auch bei ihnen an sich vorhandene Herplitterung der eine große Wille des Zusammenhaltens gegenüber dem vermeintlichen deutschen Feind hinweggesehen. Politische Radikalisierung und Zerlegung in Deutschland würden den französischen Vernichtungswillen neue Nahrung geben und würden die Aussichten auf eine wirtschaftliche Verständigung auf ein Mindestmaß herabsetzen. Ohne eine Loslösung von dem unerträglichen Druck der Reparationen ist aber ein Weg ins Freie für uns nicht möglich. Vielleicht erhält der ganze Wahlkampf auch bei uns noch eine festere und konkretere Gestalt an der Hand der nunmehr bekannt gewordenen Sachverständigenvorschläge.

In Frankreich herrscht im Wahlkampf die nationalistische Phrase. Soll es bei uns ähnlich werden? Höher als das agitatorische Bedürfnis muß das Schicksal von Volk und Vaterland stehen. Die Gegenwart und die Zukunft unseres Volkes aber erfordert unerschütterlichen Selbsthaltungswillen und eine Politik der nationalen Tat. Der nationalistischen Frage in Frankreich eine solche in Deutschland entgegenzusetzen, führt ebensowenig zum Ziele als die Herplitterung der politischen Kräfte. Die nationale Tat kann allein bestehen in einer Volkstiefe der harten Staatsnotwendigkeiten und in Opferbereitschaft des ganzen Volkes zur Wiedererlangung seiner äußeren und inneren Freiheit.

Die Reparationskommission befürwortet die Annahme des Sachverständigenberichts

Die weitere Behandlung des Gutachtens der Sachverständigen.

Die weitere Behandlung des Sachverständigenberichts wird in der der französischen Regierung nahe liegenden Presse ausführlich behandelt.

Im „Matin“ heißt es, in französischen offiziellen Kreisen sei man einstimmig der Ansicht, daß man die Arbeit der Sachverständigen loben müsse. Man lasse sie als eine ausgezeichnete Lösung auf, die in einem Geiste des Entgegenkommens getroffen worden sei, und wolle oern darauf verzichten, die Einzelheiten zu kritisieren angesichts des Wertes des Gesamtwerkes. Aber man dürfe nicht vergessen, daß die Sachverständigenarbeit nur ein Ermittlungsverfahren sei. Die Reparationskommission als Tribunal werde sagen, daß die alliierten Regierungen erst dann über diese Arbeit der Sachverständigen sich auszusprechen hätten, wenn das „Gericht“ selbst das Urteil gefällt habe, das bald erfolgen müsse, da vor der Entscheidung der Alliierten keine Verhandlungen möglich seien.

In zweiter Linie sei zu bedenken, daß wenn auch die Sachverständigen das technische Problem gelöst hätten, doch immerhin noch ein politisches zu regeln bleibe, das nicht ihrer Kompetenz unterstellt sei. Der Sachverständigenbericht würde erst wenn er durch die Reparationskommission in eine Entscheidung umgewandelt worden sei, eine Realität, d. h. ausführbar sein. Daß man die jetzigen Schlussfolgerungen der Sachverständigen annehme, sei nur die erste Etappe. Ihr könne die zweite Etappe, nämlich die Ausführung, nur folgen, wenn die Alliierten Frankreich ihm, Frankreich, ihre Solidarität für die Zukunft garantierten.

„Echo de Paris“ stellt bereits ein Programm für die zweite Etappe auf und bezeichnet als Vorbedingungen, deren Erfüllung Frankreich verlangen müsse:

1. die Bildung von Garantiesystemen;
2. die Regelung der interalliierten Schulden, mindestens aber die Regelung der französischen Schulden an England;
3. ein Versprechen der Alliierten, an der wirtschaftlichen Wiederbesetzung des Ruhrgebietes für den Fall, daß Deutschland seine Verpflichtungen nicht halte, teilzunehmen;
4. Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Status quo in den besetzten Gebieten (vor allem der Eisenbahntrasse und der Mietverträge), und zwar so lange, als Deutschland nicht endgültig die Vorschläge der Sachverständigen angenommen habe, als nicht die unerlässlichen Gesetze für die finanzielle Reorganisation durchgeföhrt seien, die Kontrolle Wirksamkeit geworden sei, und als nicht die internationale Anleihe, die für die Durchführung des Systems der Sachverständigen erforderlich sei, auf dem deutschen und dem internationalen Markt emittiert worden sei;
5. da die Besetzung im Ruhrgebiet belassen würde, Aufrichtung eines besonderen Regimes für die rheinisch-westfälischen Eisenbahnen, damit die Verbindungslinien für die Truppen sichergestellt würden.

Die deutsche Regierung soll ihre Mitarbeit erklären und am 17. April geöhrt werden.

Die Reparationskommission hat, nachdem sie eine inoffizielle Sitzung abgehalten hatte, gestern nachmittags zu einer offiziellen Sitzung zusammengelassen. Sie hat einstimmig folgende Entschickung angenommen: Die Reparationskommission hat nach Kenntnisnahme der Berichte der Sachverständigen sich auf den Standpunkt gestellt, daß sie eine praktische Grundlage für die rasche Lösung des Reparationsproblems bilden. Sie ist deshalb geneigt, schon jetzt auf Grund der ihr zuzustehenden Befugnisse die Schlussfolgerungen zu ziehen und die vorgeschlagenen Methoden anzunehmen. Um die Durchführung der Vorschläge der Sachverständigen zu erleichtern und zu beschleunigen, beabsichtigt die Reparationskommission, den interessierten Regierungen die Entschickungen der Berichte, die der Kompetenz der Regierungen unterliegen, zur Annahme zu empfehlen. Jedoch sieht sich die Reparationskommission in die Notwendigkeit verfehrt, ihre Zustimmung und ihre Initiative zurückzustellen, bis die deutsche Regierung bereit ist, ihre Mitarbeit an dem Plan der Sachverständigen sicherzustellen. Zu diesem Zweck wird die Reparationskommission die Delegierten der deutschen Regierung am Donnerstag, den 17. April anhören, es sei denn, daß die deutsche Regierung es vorzieht, schriftliche Antwort zu erteilen. Die Mitteilung dieses Beschlusses ist bereits der deutschen Kriegsausschusskommission zugewandt.

Die Nachricht über die Entschickung der Reparationskommission zum Sachverständigenbericht ist den Berliner amtlichen Stellen erst nach Beendigung der Rabinettssitzung zugegangen, so daß eine Stellungnahme der Reichsregierung noch nicht möglich war. Eine Entschickung über die Haltung der Reichsregierung zu dem Beschlusse der Reparationskommission ist von der für Montag anberaumten gemeinsamen Sitzung der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder zu erwarten.

Dr. Goerge für Annahme des Gutachtens.

Dr. Goerge, der Vorsitzende des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Mitglied des Direktoriums der Kruppwerke, erklärte dem Berliner Vertreter des Reuterschen Büros:

Nach Durchsicht der Vorschläge aus dem Sachverständigengutachten bin ich der Ansicht, daß die Vorschläge der Sachverständigen angenommen werden müssen. Als Lasten, welche den deutschen Industrien aufgebürdet werden sollen, sind riesig schwer, aber der Vorschlag des Sachverständigen bedeutet einen beachtlichen Schritt vor-